

## »Political Crime Culture« als Referenzpunkt ermittelungsbehördlicher Aufklärungsarbeit \*

### Michael Dandl

Am 12.12.2013 jährte sich zum dritten Mal die Enttarnung des baden-württembergischen LKA-Spitzels Simon Bromma. Bromma war allen staatsoffiziellen Verlautbarungen zum Trotz nachweislich bereits Mitte November 2009 nach Heidelberg entsandt worden, um sich im Zuge schleichender Infiltrationsbemühungen seinen landeskriminalamtlich vorgegebenen, zirkulativen Weg von den Rändern des so genannten linksalternativen Milieus zum „harten Kern“ der zentral anvisierten Antifaschistischen Initiative (AIHD) zu bahnen. Erfolgreich dort angekommen, sollte er durch das binnenstrukturelle Aufbrechen einer staatlich unkontrollierbaren Klandestinität zum einen der Einsatz-Zielperson gerichtlich verwertbar nachweisen können, dass sie als langjähriger politischer Aktivist zukünftig konkret an der Planung, Durchführung und nachträglichen diskursfähigen Aufbereitung militanter Angriffe auf den „politischen Gegner“ radikaler linker Kräfte beteiligt sein werde, und zum anderen „rechtzeitig gegen sich bildende terroristische Vereinigungen“ einschreiten. Da es sich beim Einsatz Brommas jedoch zu keinem Zeitpunkt um das ermittelungsbehördliche Durchdeklinieren eines prozessualisierbaren Organisationsdelikts gehandelt hat, wäre die womöglich strafrechtliche Verfolgung nach §§ 129 oder 129a im schlimmsten Falle nachgeschoben worden - die Ursprungsreferenz stellte es jedenfalls nicht dar. Das vor kurzem unter grün-roter Regierungsverantwortung nochmals verschärfte baden-württembergische Landespolizeiaufgabengesetz bildete mit seinen §§ 20 und 22 formal und methodisch den maßnahmenregelnden Dreh- und Angelpunkt des Brommaschen Spitzeleinsatzes! Daran wird auch verwaltungsgerichtlich nicht mehr zu rütteln sein, selbst wenn nun doch wieder „tatsächliche Erkenntnisse“ vorliegen sollten, die den Verdacht erhärten, es habe sich in Heidelberg doch noch eine terroristische Vereinigung herausgebildet, deren Protagonist\*innen auch gleichzeitig Aktivist\*innen der seit nunmehr 15 Jahren existierenden AIHD seien.

### On the other side of the barricade

Um plausibel erklären zu können, worum es der verantwortlich zeichnenden, prototypisch zu setzenden Staatsschutzabteilung der Heidelberger Kriminalpolizei gegangen ist, als sie mehr oder weniger unvermittelt, aber in enger koordinierter Absprache mit dem Leitenden Kriminaldirektor des einsatzanordnenden Polizeipräsidiums zu einem selbst unter Rechtsstaatsapologet\*innen umstrittenen Mittel griff, nämlich der gezielten Einschleusung einer „menschlichen Quelle“ in die als „linksextremistisch“ apostrophierte Antifa-Szene vor Ort, reicht es aus unserer Sicht nicht mehr aus, gängige Analyseinstrumentarien auszupacken und sich bei ihrer plakativen Anwendung ausschließlich hinter dem eigenen, womöglich szenegeprägten Blick auf die Welt und ihre Verfasstheit zu verschanzen. Hier ist es vonnöten, einen gewinnbringenden Perspektivenwechsel zu vollziehen und auf der Ebene der Methodik hypothetisch „auf die andere Seite der Barrikade“ zu springen. Dabei werden überraschende Erkenntnisse zu Tage treten, Erkenntnisse, die es uns ermöglichen, Licht in die verhärteten Denkstrukturen jener zu bringen, die solche Einsätze letzten Endes zu verantworten haben, aber dafür niemals zur Rechenschaft gezogen werden.

### Die Stadt Heidelberg

Wir beginnen mit der Stadt. Heidelberg ist mit fast 150.000 Einwohner\*innen die fünftgrößte Stadt Baden-Württembergs; als Stadtkreis ist sie zugleich Sitz des umliegenden, einwohner\*innenstärksten Rhein-Neckar-Kreises dieses südwestlichen Bundeslandes. Bereits an diesem Punkt wird es aus der von uns nun konsequenter eingenommenen Sicht der Repressionsbehörden, zu denen wir unter regulationstheoretischen Prämissen staatlich-institutionell vor allem die Kriminalpolizei, den Inlandsgeheimdienst und die Justiz zählen wollen, knifflig, weil sie, zumindest vor der nun eingeläuteten „Polizeireform“, für ein Gebiet zuständig waren, das sich auf der etwas gekrümmten Nord-/Süd-Achse beispielsweise von Sinsheim bis nach Weinheim erstreckt - und das sind fast 60 Kilometer! Ein gezielter militanter Angriff auf organisierte Nazis in Sinsheim beispielsweise landet(e) als „politisch motivierter Straftatbestand“ also genauso auf den Schreibtischen der Politischen Polizei Heidelbergs wie eine Schlägerei zwischen stark alkoholisierten rechten Verbindungsstudenten und so genannten Linksautonomen in Weinheim.

Nun gehört Heidelberg als Ballungsraum mittlerer Größe zu einem staatschützerisch stark beäugten Gebiet, in dem sich im Nachklang an die westdeutschen autonomen Bewegungen der frühen 1980er Jahre vor fast drei Dekaden eine politische Szene zu konsolidieren begann, die als außerparlamentarische, systemantagonistische Opposition zu Aktionsformen griff, die staatlicherseits grob in das Raster „Linke Militanz“ eingefügt und später der extremismustheoretisch grundierten Kategorie „Politisch Motivierte Kriminalität - Links“ („PMK-Links“) subsumiert werden konnten. Bei deren schablonenhafter Anwendung auf die realen Verhältnisse wird grundlegend eine radikale, zwanghaft mit selbstjustiziellen Methoden einhergehende Nicht-Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und ein kollektives Infragestellen des hegemonialen Normen- und Wertekansons der bundesrepublikanischen Dominanzkultur konstatiert.

### Das Autonome Zentrum in Heidelberg

Wir verlassen nun den voluminöseren soziologischen Rahmen des großstädtischen Gefüges und lenken unseren Fokus auf eine darin zu verortende gebäudetechnische Einheit von etwa 600 Quadratmetern. Ein Höhepunkt der

kollektivistischen Aneignungskämpfe dieser öffentlichkeitswirksam auftretenden sozialen Bewegung waren nämlich eindeutig die über ganz Heidelberg verteilten Häuserkämpfe Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre, die schließlich in der Installation des Autonomen Zentrums (AZ) im Stadtteil Bergheim ihren Kulminationspunkt erreichten. Damals warnte die ortsansässige CDU parteiprogrammatisch davor, dass nun in Heidelberg Zeiten hereinbrechen würden, die auf der Ebene der seismografischen Registrierung des szenischen Gewaltpotenzials und tatsächlicher physischer Gewaltförmigkeit mit den erfolgreichen militanten Kämpfen um die Hamburger Hafenstraße parallelisiert werden müssten. Die 1990er Jahre waren dann auf der Seite der radikalen Linken mit all ihren soziologisch, kulturell und politisch erkennbaren Schattierungen geprägt von diesem gebäudetechnischen Dreh- und Angelpunkt AZ. Dort hat sich von radikalen profeministischen Gruppen über antiimperialistische Zusammenhänge, Anti-AKW-Spektren, linke Infoläden, linksökologische Gruppierungen, totale Kriegsdienstverweigerer, Antigentrifizierungsaktivist\*innen, Tierrechtsorganisationen und Wagenburgvertreter\*innen bis hin zur Autonomen Antifa Heidelberg alles getroffen, was grob als systemantagonistisch eingestuft werden konnte. Staatsfeindlichkeit, Staatsnegierung, Staatsnegativierung und Staatskritik wurden als gruppenüberspannender common sense zum Mittelpunkt politischen, sozialen und gegenkulturellen Agierens. Ein mit emanzipatorischen Implikationen über die derzeit herrschenden, von der kapitalistischen Verwertungslogik überfrachteten Verhältnisse hinausweisendes Engagement drang in organisierter, koordinierter und nachhaltiger Form von diesem Treffpunkt aus in den öffentlichen Diskursraum und setzte aus Sicht der Träger\*innen des staatlichen Gewaltmonopols und der Vertreter\*innen der Stadtverwaltung schmerzliche Nadelstiche. Die permanente, auch organisatorisch und infrastrukturell auf breite Füße gestellte Thematisierung behördlicher Rassismen, sexualisierter Gewalt, verfehlter Drogen„politik“, gesamtgesellschaftlicher Militarisierung, ökologischer Katastrophen, faschistischer Strukturen, staatlicher Repression, politischer Unterdrückung, verselbstständigter Exekutivgewalt, reaktionärer Studentenverbindungen/Corps/Burschenschaften führte zeitweise tatsächlich zu einer wirkungsvollen Verzahnung von Theorie und Praxis, sprich: der diskursfähigen Aufbereitung bestimmter Themen(komplexe) folgte über kurz oder lang die physische Umsetzung in die wahrnehmbare, militante Praxis. Ob das nun linksradikale Demonstrationen waren, bei denen die rechtsstaatlich bindenden Reglementierungen des baden-württembergischen Versammlungsrechts und Landespolizeiaufgabengesetzes immer wieder aufs Neue austariert werden *mussten*, oder Agit-Prop-Aktionen auf öffentlichen Plätzen, die von Heidelberger Staatsschutzbeamten gewalttätig angegriffen und für aufgelöst erklärt wurden, oder Naziouting-Aktionen, bei denen in einem Falle ein hinzukommender uniformierter Polizeibeamter seine Dienstwaffe zückte und einen Schuss in Richtung Antifaschist\*innen abgab, oder militante Angriffe auf Büros der quirligen Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei, die eine Hausdurchsuchung in einer damaligen Heidelberger Szene-WG zur Folge hatten; oder ob es die maschinengewehrbewehrte Sturmung des Autonomen Zentrums selbst war, bei der eine vermeintlich im AZ untergetauchte Jugendliche aufgestöbert werden sollte - in all diesen hier nur schlaglichtartig aufgeführten Fällen war es das AZ, das entweder selbst zur direkten Zielscheibe ermittlungsbürokratischer oder inlandsgeheimdienstlicher Attacken geworden war oder eben jenen zentralen Treffpunkt darstellte, an dem die zentrumexternen politischen Aktionen kollektiv vorbereitet, angekündigt, organisiert, beworben, koordiniert, strukturiert, vorfinanziert und nachbereitet wurden.

### **Die „political crime culture“ im Autonomen Zentrum Heidelberg**

In jenem AZ, das fast die gesamten 1990er Jahre hindurch bis zum 1. Februar 1999 existierte, ist eine gefestigte, bis in die Jetzt-Zeit hineinwirkende „political crime culture“ entstanden. Dabei gehen die Ermittlungsbehörden, auf deren Seite wir uns nun wieder schlagen wollen, unter bewusster Vermeidung emanzipatorischer Implikationen, die eine wissenschaftlich fundierte Gesellschaftsanalyse haben könnte, davon aus, dass „unter uns“ und „gegen uns“ eine „political crime culture“ existiert. Diese „political crime culture“ stellt in den Augen der maßgeblichen Verwalter\*innen der derzeit herrschenden Regulationsform bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung eine erhebliche, auf lange Sicht zersetzend wirkende Bedrohung für die massiven Grundpfeiler dar, auf denen das sicherheitsarchitektonisch konzipierte Staatsgebilde BRD errichtet wurde. Es ist nahezu unmöglich, bei der punktgenauen Eingrenzung kulturalistischer Gruppenzuweisungen auf essenzialistische Verengungen zu verzichten, aber wir müssen mit genau diesen staatskonformen und damit reaktionären Verkürzungen hantieren, um nachvollziehbar machen zu können, aus welchem Blickwinkel die wehrhaft-demokratischen Verteidiger\*innen der Politik der Inneren Sicherheit all jene betrachten, die aus ihrer Sicht das systemisch bindende Selbsterhaltungsprinzip aus dem vermeintlich eingependelten Lot bringen könnten. Mit einem wasserdichten, in sich geschlossenen System kulturwissenschaftsextrahierter Provenienz hat dies bei weitem nichts zu tun; die Politik der Inneren Sicherheit lebt bei ihrer selbstreferenziellen Feindbildkonstruktion von Vereinfachungen und stark konturierbaren Projektionsflächen - selbstverständlich auch beim Kategorisieren des Gegenkulturbereichs.

### **Die „political crime culture“ als Teil der Gegenkultur**

Eine „political crime culture“ wird staatlicherseits als eine relativ klar umreißbare soziologische Entität betrachtet, die von ganz bestimmten sinn-, inklusions- und repräsentationsstiftenden Merkmalen substanziell zusammengehalten wird. Zu diesen extrahierbaren Gegenkulturmerkmalen, die sich mensch bis zu einem gewissen Grad aneignen *muss*, um als von außen in die Szene dringende Einzelperson überhaupt akzeptierter Teil der „political crime culture“ werden zu können, gehört ein ganz bestimmter Habitus - gesamtkonzeptionell bezogen auch auf die jeweilige Körperhaltung, die Mimik, die vestimentären Codes und das komplette Sprachverhalten (auf verbaler

Kommunikationsebene). Für einen Verdeckten Ermittler wie Simon Bromma ist deshalb von großer Bedeutung, sich beim Vorbereiten auf seinen möglicherweise langjährigen, gut bezahlten Spitzzeleinsatz in einem ihm gänzlich unbekanntem Milieu damit auseinanderzusetzen, wie er sich dort bewegt - als Mann\* nämlich, der nicht allzu mackermäßig auftritt, dessen Mimik allzu überbordend wirkende Merkmale vermeidet, dessen Kleidungs-signale sich grob innerhalb des paradigmatischen, syntagmatischen und pragmatischen Regelwerks (der Szene) bewegen und dessen Sprachverhalten dem so genannten Szene-Slang angepasst wird. Das Gendern beim Sprechen gehört da genauso dazu wie das unaufdringliche Ausloten der Grenzen, die die einzelnen „Mitglieder“ der „political crime culture“ zu überschreiten bereit sind. Sind diese bereit, *offen* Gesetze zu brechen, strafrechtlich Relevantes zu riskieren, und darf ich als Verdeckter Ermittler *aktiver* Teil dieser von mir berufsbedingt herbeigesehnten Gesetzesbrüche werden, um sie in reißerischem Sprachduktus in die von mir angelegten Personalakten einspeisen oder ihretwegen Ermittlungsverfahren einleiten lassen zu können?

### „Areas“ der „political crime culture“

In „areas“ der „political crime culture“ folgt die dort anzutreffende Klientel einer klar definierbaren soziologischen Programmatik - zumindest sehen das die Ideolog\*innen der Exekutive so. Sie haben nämlich das Problem, dass sie sich eine „kleine Welt“ in der Welt *ohne* verbindliche vertikale Kommandostruktur, stringenten Befehlsgehorsam, militärischen Korpsgeist, kapitalistische Abhängigkeiten, geschlechtsspezifische Zuschreibungen nicht vorstellen können. Deshalb muss es innerhalb der „political crime culture“ nicht nur „Führungspersonen“ oder „Rädelsführer\*innen“ geben, sondern auch „Chefideolog\*innen“ aus den prägenden politischen Gruppen, die kontinuierlich und beständig die Diskursfähigkeit der linksradikalen Szene am Leben erhalten, indem sie als Stichwortgeber\*innen für interventionistische, zielgerichtete Militanz fungieren und damit zu unerlässlichen „Propagandist\*innen“ werden.

Und nicht nur das: Eine solche Szene zeichnet sich auch dadurch aus, wie sie es als soziologischer Gesamtkomplex bewerkstelligt, über die Essenz allen politischen Engagements - die gesamtgesellschaftliche Vermittelbarkeit emanzipatorischer Positionen - eine kampagnentaugliche Bündnisfähigkeit aufzubauen - regional, überregional, bundesweit, international. Und wie nachhaltig diese Politikansätze sind: Welche Initiativen stellen sicher, dass beispielsweise bei einer ersatzlosen Zerstörung eines solchen Autonomen Zentrums, das weit über die städtischen Grenzen hinaus in den süddeutschen Raum hinein wirkte und sich zu einem bedeutenden Kristallisationspunkt virulenter emanzipatorischer Impulssetzung entwickelt hatte, die dort aktiven Strukturen nicht komplett auseinanderbrechen und in lähmender Lethargie oder Bedeutungslosigkeit versinken? Welche Initiative stemmt zumindest im politischen Bereich die große Bürde der Kontinuitätsgewährleistung? Bei der Beantwortung dieser Frage gab es laut Einsatzanordnungsakte für die Repressionsbehörden in Heidelberg nur eine Antwort: Das war und ist die AIHD!

### Die AIHD

Die AIHD ist im April 1999, also zwei Monate *nach* der Zerstörung des Autonomen Zentrums, gegründet worden - unter maßgeblicher Beteiligung von Menschen, die zuvor jahrelang in der mittlerweile aufgelösten Autonomen Antifa Heidelberg organisiert gewesen waren. Jener Gruppierung also, die nicht nur den von ihr präferierten linksradikalen Antifaschismus-Ansatz programmatisch mit dem Attribut „autonom“ versehen, sondern sich während der gesamten Zeit ihres Bestehens (1992 - 1999) in eben jenem Zentrum getroffen hatte, das ebenfalls als „autonom“ titulierte wurde. Im AZ gab es ab einem bestimmten Zeitpunkt keine vergleichbare Gruppe, die nach innen und außen politisch so prägend hätte werden können wie die Autonome Antifa Heidelberg, die *gleichzeitig* Mitgliedsgruppe in der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) und im Bundesweiten Antifa Treffen (BAT) gewesen war. Für den auch und gerade in Heidelberg treffend als verselbstständigte Exekutivgewalt zu bezeichnenden Polizeiparagrafen verkörpert ein Personenzusammenschluss wie die bis heute existierende AIHD demnach auf der einen Seite zwar die Post-AZ-Ära, aber er ist es auch, der - aus dem ehemaligen AZ heraus - die linksradikale Kontinuität gewährleistet, indem er strukturell, organisatorisch und konzeptionell bruchlos das fortführt, was in den Jahren zuvor im AZ nachhaltig aufgebaut wurde. Und genau an diesem Personenzusammenschluss oder an jenen Menschen, die ihm, auch „political crime culture“-mäßig, subsumiert wurden, haben sich in der Folge vor allem die Ermittlungs-, aber auch die Inlandsgeheimdienstbehörden mehr oder weniger erfolgreich abgearbeitet. Bei der Darstellung der antifaschistischen Szene Heidelbergs werden in der Spitzzeleinsatzanordnungsakte des Leitenden Kriminaldirektors Fuchs auf Seite 9 die aus seiner Sicht als „politische Klammer“ zu definierenden „Hauptstoßrichtungen“ der AIHD herausgestellt:

1. Der bis heute (September 2014) erfolglose Kampf für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg und
  2. die auf hohem Gewaltlevel betriebene, fast schon pathologische Suche nach „Konfrontation mit Rechten“.
- Bereits für das überregional bedeutsame Antifaschistische Straßenfest am 30.04.1999 zeichnete die AIHD organisatorisch verantwortlich; thematisch geht es bei diesem unter anderem um Burschenschaften/Corps/Studentenverbindungen, um staatliche Repression, um die Erkämpfung eines neuen selbstverwalteten Zentrums, um das Treiben des Inlandsgeheimdienstes oder die Aktivitäten organisierter Faschisten am darauf folgenden Ersten Mai. Seither gilt für die Ermittlungs- und Inlandsgeheimdienstbehörden, dass nahezu alle in Heidelberg entfaltenen politischen und gegenkulturellen Aktivitäten linksradikaler Provenienz, die dem „Dunstkreis“ einer bestimmten selbstverwalteten Örtlichkeit (z. B. dem *Café Gegendruck* in der Altstadt) zugeordnet

werden, von der verbindlich arbeitenden AIHD erdacht, organisiert und dann eigenmächtig durchgeführt oder, auf absoluter Vertrauensbasis, delegiert werden. Fuchs geht in diesem Zusammenhang wider besseres Wissen sogar so weit, die Behauptung aufzustellen, dass sich die AIHD „regelmäßig im Café Gegendruck in der Heidelberger Innenstadt [triff]. Nahezu täglich finden hier Treffen bestimmter Gruppierungen *innerhalb* der Antifaschistischen Initiative Heidelberg statt.“ (Polizeidirektion Heidelberg: „Anordnung eines VE-Einsatzes nach dem Polizeigesetz“, Heidelberg, 25.02.2010, Seite 11, Hervorh. d. d. Autor)

### „Szene-Körper“ ohne Kopf

Nehmen die staatlichen Repressionsorgane einem als omnipräsent imaginierten Personenzusammenschluss die klar und deutlich benennbaren „Führungspersonen“, indem sie diese mit allen rechtsstaatlich, ermittlungsbehördlich oder inlandsgeheimdienstlich zur Verfügung stehenden Mitteln zu kriminalisieren versuchen, dann entsteht ein nicht zu unterschätzender „Staatsschutz-Effekt“. Sollte nämlich der soziologische Aufbau dieser vermeintlich von der AIHD dominierten „political crime culture“ tatsächlich den Extrakten ihrer extrem verkürzten Analysemodelle entsprechen, so würde dem „Szene-Körper“ bei Entfernung der an exponierter Stellung stehenden „Chefideolog\*innen“ beziehungsweise „Propagandaminister\*innen“ der Kopf abgehackt werden - und eben jenen braucht die Szene dieser Ansicht nach, ohne ihn kann sie nicht existieren. Ein christdemokratischer Regionalpolitiker aus Heidelberg hat dies Anfang der 2000er Jahre unglaublich treffend auf den Punkt gebracht, indem er bei der massenmedial aufbereiteten Betrachtung militanter Vorfälle, die es im Rahmen des Kampfes für ein neues AZ gegeben hatte, vom Konstatieren einer „Arbeitsteilung“ gesprochen hat: Er stelle bei der autonomen, antifaschistischen Szene Heidelbergs seit längerer Zeit eine „Arbeitsteilung“ fest: da gebe es jene zentralen Protagonist\*innen, die sich öffentlichkeitswirksam mit vollem Realnamen und nicht-vermummtem Gesicht für die Szene in Szene setzten (bei Interviews mit bürgerlich-kapitalistischen Fernsehsendern, Radioanstalten, Tageszeitungen oder bei der schriftlichen Anmeldung linksradikaler Demonstrationen, in deren Verlauf es dann zu „Ausschreitungen“ komme); und es gebe jene, die in „Nacht-und-Nebel-Aktionen“ klandestin, konspirativ und militant agierten. Zwischen beiden „Arbeitsfeldern“ gebe es - bezogen auf ihre politischen Meta-Ebenen - aus Sicht der staatsschützerischen Verhinderung elementaren gesellschaftlichen Wandels keine Unterschiede! Zum Mittel der „autonomen Arbeitsteilung“ zu greifen, sei letztendlich taktisches Kalkül und rechtsstaatlichen Sachzwängen geschuldet. Und das ist aus ihrer Perspektive bis heute so.

Und weil

- weder die Kriminalisierung dieser zu „Führungspersonen“ hochstilisierten Mitglieder der AIHD in wirksamem, folgenreichem Maße gelungen ist (die meisten gegen sie eingeleiteten Ermittlungsverfahren sind im Sande verlaufen und damit nicht gerichtsfest)

- noch der Inlandsgeheimdienst jemals bei ihnen landen konnte (selbst das Angebot, für Informant\*innendienste 5.000 € pro Monat vom Kölner Bundesamt für den Verfassungsschutz einstreichen zu können, lehnte die spätere Zielperson des Brommaschen Einsatzes im Jahre 2008 ab)

- noch das baden-württembergische Kultusministerium ein Berufsverbot gegen einen Lehrer verhängen konnte, der AIHD-Mitglied ist (ihm musste das Land nach verlorenem Prozess Schadenersatz in Höhe von 33.000 € zukommen lassen),

kamen die Staatsschutzbeamt\*innen der Heidelberger Kriminalpolizei auf die proaktiv zündende Idee, es einmal mit einer „menschlichen Quelle“ zu versuchen, die gegenüber allen anderen Repressionsmaßnahmen einen alles überragenden Vorzug besitzt: Sie kommt - im optimalen Falle - *direkt/physisch unmittelbar* an die zu kriminalisierenden Personen heran (auch wenn das Jahre dauern sollte) und erbringt mittel- oder langfristig den „Beweis“ für die oben aufgeführte kühne These: Das sind *tatsächlich* die „konkreten Führungspersonen“ und deren „Kontaktpersonen“; das sind *tatsächlich* die Leute, an denen in Bezug auf die PMK-Links nichts vorbei geht; das sind *tatsächlich* die Leute, die schnellstens „aus dem Verkehr“ gezogen werden müssen, bevor von ihnen noch mehr Gefahr für den Bestand und das Wohl des Landes Baden-Württemberg ausgeht. Deshalb ging es bei diesem mit geheimdienstlichen Methoden bewerkstelligten „Aufhellen“ der kompletten Heidelberger Szenezusammenhänge ja gerade darum, herauszufinden, welche konkreten Personen „den Ton angeben“, die „Definitionsmacht“ innehaben, „gegenkulturhegemonial“ wirken, folgenreich indoktrinieren, an der Spitze der „Informationshierarchie“ stehen, die Verbindungsinstanzen zu anderen Personenzusammenschlüssen verkörpern, mit denen sie dann auf Gruppenebene tragfähige, kampagnenstabile Bündnisse eingehen. Welche Aktivist\*innen sind dafür verantwortlich, mit welchen militanten Widerstandsskizzen, mit welchen Visualisierungen in einem bestimmbareren Zeit- und Raumkontinuum experimentiert, welche tiefgreifenden Gesellschaftsutopien entworfen werden? Welche Theateraufführungen, welche Lesungen, welche Informationsveranstaltungen werden von welchen Menschen zu welchem Zwecke organisiert, durchgeführt und besprochen? Wie radikal ist dabei der linksradikale Inhalt, welche Haltung gegenüber Polizei, Ordnungsämtern, Justiz und Geheimdiensten wird dabei kolportiert?

### Die horizontale und vertikale Ebene extremismustheoretischer Analysearithmetik

Auf der horizontalen Ebene der extremismustheoretischen Analysearithmetik greifen die verdeckt ermittelnden Polizeibeamt\*innen klassischerweise auf das so genannte Hufeisenmodell zurück, das soziologisch fundierter Wissenschaftlichkeit an keinem einzigen Punkt standhält. Ein Verdeckter Ermittler wie Simon Bromma oder ein Informant des LKA Niedersachsen wie Stefan Gross müssen von dieser politischen Ideologie der „wehrhaften Demokratie“, die permanent von den extremistischen Rändern der Gesellschaft zermalmt zu werden droht, geblendet

sein, sie müssen sie leitmotivisch internalisieren. Für ihre Einsätze bedeutet dies politisch, sozial, kulturell, bewusstseinsmäßig und psychologisch, dass sie sich auch - auf der nicht zu unterschätzenden emotionalen Ebene - mit Leuten „einlassen“ *müssen*, die das von ihnen präferierte Gesellschaftsmodell, den von ihnen hegemonialisierten Normen- und Wertekanon der bundesrepublikanischen Dominanzkultur zu gefährden imstande sind, sollte es zu einer koordinatorischen Verschiebung der militärisch verteidigten Kräfteverhältnisse kommen. Sie bewegen sich also physisch und psychisch permanent auf „extrem gefährlichen Feindesland“, das aus ihrer Sicht weder gewinnbringend beackert noch physisch destruiert werden kann. Dieses „Feindesland“ der fdGo kann nur immer und immer wieder staatsschützerisch besiedelt werden, um die Anbauflächen perspektivisch in unbrauchbares Brachland umwandeln zu können. Horizontalisiert und verfassungsschutzberichtabbildend bedeutet dies, dass Verdeckte Ermittler\*innen oder kriminalpolizeilich angeheuerte V-Leute (als nicht-verbeamtete Informant\*innen) ideologisch keinen Unterschied machen zwischen „Rechtsextremist\*innen“, „Linksextremist\*innen“, „Islamist\*innen“ oder Scientolog\*innen - das *sind* die mit unterschiedlichen Methoden vorgehenden Bedroher\*innen der „wehrhaften Demokratie“. Und die Definitionsmacht darüber, welche dieser damit bezeichneten Gruppierungen oder Einzelpersonen überhaupt in dieses Raster fällt, hat selbstverständlich das derzeit herrschende politische System, dessen Bestandteil die eingesetzten „menschlichen Quellen“ in concreto sind.

Auf der vertikalen Ebene der extremismustheoretischen Analysearithmetik kommt die „Radikalisierungspyramide“ zum Tragen, über die wir an dieser Stelle ebenfalls schon des Öfteren berichtet haben. Ein Verdeckter Ermittler wie Simon Bromma oder ein Informant des LKA Niedersachsen wie Stefan Gross müssen von diesem soziologischen Aufbau *jeder* Gesellschaft, innerhalb der sich lineardeterministisch bestimmte, für Unzufriedenheit empfängliche Mitglieder bestimmter Schichten, Milieus, Klassen(segmente) zum nationalstaatszersetzenden „Terrorismus“ hin bewegen, geblendet sein, sie müssen auch ihn leitmotivisch internalisieren. Ihre diesbezügliche Einsatzkonfiguration ist kongruent zum soeben beschriebenen horizontalen Level zu sehen. Vertikalisiert und verfassungsschutzberichtabbildend bedeutet dies, dass Verdeckte Ermittler\*innen oder V-Leute ideologisch *auch hier* keinen Unterschied machen zwischen „Rechtsextremist\*innen“, „Linksextremist\*innen“, „Islamist\*innen“ oder Scientolog\*innen - das *sind* die Bedroher\*innen der „wehrhaften Demokratie“, die aus einer quälenden, aber nicht näher bestimmbar „Unzufriedenheit“ heraus zunächst niedrigschwellig nach „Gerechtigkeit“ trachten, sich dann aber, nachdem sich der Zustand einer „gerechten“, einer

volksgemeinschaftlichen/solidarischen/islamistischen/christlich-fundamentalistischen Gesellschaft (je nach politischer Ausrichtung) *nicht* eingestellt hat, frustriert einer radikalen politischen Gruppe anschließen, in der sie nochmals einen Radikalisierungsschub erleiden, um schließlich beim Terrorismus zu landen.

Der von langer Hand geplante, mit unglaublichem logistischem Aufwand betriebene VE-Einsatz Brommas ist eine physisch in die Realität umgesetzte, idealtypische Konkretisierung dieser „Radikalisierungspyramide“. Er hat nicht nur ganz konkret - radikalierungspyramidal - am untersten soziologischen Segment, der „unhappy people in society“, angesetzt, um sich dann zu den „terroraffinen“ Ziel- und Kontaktpersonen aus der AIHD linear „hochzuarbeiten“, nein, die Fuchssche Einsatzanordnungsakte selbst ist ein polizeitaktisches Durchdeklinieren der überwachungsstaatlichen Vorstellung, dass Menschen, die beispielsweise „mit allen Mitteln“ und „auf allen Ebenen“ die öffentlichkeitswirksam inszenierten Aufmärsche organisierter Faschist\*innen verhindern wollen, zu Terrorist\*innen werden (können). Deshalb ist Fuchs bis heute der Ansicht, dass Brommas VE-Einsatz das bisher erfolgversprechendste exekutive Mittel war, in Heidelberg „rechtzeitig gegen sich bildende terroristische Vereinigungen“ einzuschreiten. Deshalb kommt für Fuchs, der erfolgreich die Sperrung der Akten beantragt hatte (beim Innenministerium in Stuttgart), eine „Entsperrung“ der Akten selbstverständlich weiterhin nicht in Frage.

### **Präventiv - Reaktiv - Proaktiv: Polizeiarbeit im praktischen und abstrakten Bereich**

Warum auch? Fuchs hat im Konglomerat mit Exponent\*innen seiner kriminalpolizeilichen Staatsschutzabteilung zu einer Methode ermittlungsbehördlicher „Aufklärungs“arbeit gegriffen, die in der Praxis nicht allzu oft zur Anwendung kommt; ihr fehlt es schlichtweg an empirisch befeuerter Durchschlagskraft, sprich: ihre praktische Erprobung steht noch auf etwas wackeligem Fundament.

Während wir die *kriminalpräventive* und die *reaktive* Polizeitätigkeit zu den Kerngeschäften ermittlungsbehördlicher Aufklärungsarbeit des Fuchsschen Polizeipräsidiums zählen wollen, bewegen wir uns bei einem *proaktiv* basierten VE-Einsatz wie in Heidelberg großteils in abstrakten Dimensionen. Das heißt nicht, dass sich diese drei Bereiche *nicht* überschneiden können; es gibt durchaus fließende Übergänge zwischen ihnen beziehungsweise ineinander greifende Verzahnungen. Wir nähern uns ihnen trotzdem idealtypisch, weil dadurch ihre Konturierungen plastischer gemacht werden können (die Reihenfolge spielt dabei nicht auf eine mögliche Hierarchisierung an):

1. Mit der kriminalitätsstatistisch konstruierbaren PMK-Links kann Fuchs einen *präventiven* Umgang pflegen, indem er (wie bei mess- und ermittelbaren Unfallschwerpunkten im Bereich des Straßenverkehrs) nachhaltige Maßnahmen umsetzt, die in der Zukunft zu einem spürbaren Rückgang der „politisch links motivierten Straftaten“ in einem geografisch abgesteckten Gebiet wie dem Rhein-Neckar-Kreis führen.

Zur Veranschaulichung: Bei einem so genannten Unfallschwerpunkt gibt es grob drei Arten von Maßnahmen, die dann *präventiv* ergriffen werden können.

a) Direkt am Unfallschwerpunkt werden technische Hilfsmittel wie Verkehrsschilder oder Ampelanlagen installiert, die den Verkehr besser als vorher *regeln*, deren Beachtung aber im Großen und Ganzen auf Freiwilligkeit (der Verkehrsteilnehmer\*innen) beruht.

b) Es werden direkt am Unfallschwerpunkt Radarfallen aufgebaut; es entsteht auf Dauer bei den mit zu hoher Geschwindigkeit fahrenden und für die Unfälle verantwortlich gemachten „Verkehrsröwdis“ ein Ordnungswidrigkeitsumgehungssyndrom: um nicht geblitzt zu werden, sollten sie an dieser Stelle langsamer fahren.

c) Direkt am Unfallschwerpunkt werden Tag und Nacht physisch reale Verkehrspolizist\*innen postiert; sie überwachen den fließenden und ruhenden Verkehr (einschließlich der Fahrzeuge, der Fahrzeugführer\*innen und der Beladung); sie verfolgen *sofort* Verkehrsordnungswidrigkeiten, Verkehrsstraftaten oder Ordnungswidrigkeiten; sie regeln letztendlich den Verkehr.

Wir brauchen keine überbordende Phantasie zu besitzen, um uns vorstellen zu können, was passiert, wenn diese holzschnittartig dargestellten Schemata beispielsweise auf so genannte politische Gefahrengelände angewandt werden: Hamburg Ende 2013/Anfang 2014 ist hierfür ein beinahe schon als klassisch zu klassifizierendes Beispiel, wobei hier natürlich fast nur noch physisch reale Polizeibeamt\*innen eingesetzt wurden, die den „PMK-Links-Unfallschwerpunkt“ wieder „in den Griff“ bekamen (oder bekommen sollten).

2. Auf die kriminalitätsstatistisch konstruierte PMK-Links kann Fuchs aber auch *reagieren*, indem er - wie im Falle eines militanten Angriffs auf Teilnehmer des reaktionären Weinheimer Senioren Convents (WSC) - beispielsweise eine Sonderkommission (SOKO) bei der Kriminalpolizei einrichten lässt, die aus mehreren spezialisierten Beamt\*innen zusammengesetzt ist. Sie hat dann nichts anderes zu tun, als die PMK-Links eingestufte Straftat, die in der Vergangenheit tatsächlich stattgefunden hat (ein „schweres Körperverletzungsdelikt“), aufzuklären, also ihre Begehung konkreten Personen zuzuordnen, den Schuldnachweis zu führen (auch in enger Zusammenarbeit mit der jeweils eingeschalteten Staatsanwaltschaft). Das ist klassische Ermittlungstätigkeit, die, von der grundgesetzlich verankerten Unschuldsvermutung ausgehend, im positiven Falle damit endet, die „Schuldigen“ gerichtsfest zu überführen (mit oder ohne Schuldeingeständnis der Angeklagten). Wenn Fuchs also von seiner eigenen Kriminalitätsstatistik überzeugt ist (und davon müssen wir ausgehen), die er jährlich auszugsweise auch dem Heidelberger Gemeinderat präsentiert, dann belegt er zum Beispiel eine Zunahme der „PMK-Links“ in seinem Zuständigkeitsbereich - und dann ergreift er, quasi nachgeordnet, polizeiliche Maßnahmen; er *reagiert!* Und nach einer gewissen Zeit stellen sich dann entweder Ermittlungserfolge ein (die Aufklärungsquote erhöht sich), oder „PMK-Links“-Delikte werden nicht oder nie aufgedeckt (die Aufklärungsquote sinkt).

3. Beim VE-Einsatz in Heidelberg, dem die verantwortlichen Beamt\*innen bezeichnenderweise den Codenamen „Morpheus“ verpasst haben, sprechen wir von einer überwiegend *proaktiven* Polizeimaßnahme (alternativ kann in diesem Zusammenhang auch der Begriff „Präemption“ [vom englischen *pre-empt* für „jemandem zuvorkommen, um ihn von etwas abzuhalten“] verwendet werden, mit dem in der Politik das *aktive* Vorbeugen eines *möglicherweise* bevorstehenden Ereignisses bezeichnet wird). Dabei wird, wie bereits beschrieben, deutlich, dass es durchaus Überlappungen zum *reaktiven* Ermittlungs- und Aufklärungsgebaren geben kann, weil ja zumindest für die dann nachgereichte offizielle Begründung einer solchen spektakulären Repressionsmaßnahme konkrete Hinweise benannt werden müssen, die zumindest einen Anfangsverdacht erhärten, der wiederum zu einer ermittelungsbehördlichen Reaktion führte. Dabei spielt es jedoch, wie wir zeigen werden, keine Rolle, ob die dafür erbrachte Ursprungsreferenz mit der Realität in Einklang zu bringen ist.

### **Der proaktive VE-Einsatz in Heidelberg**

In Heidelberg gibt es nämlich offensichtlich keine Ursprungsreferenz; wir konnten nachweisen, dass Brommas Einsatz bereits begonnen hatte, *bevor* bei einer Hausdurchsuchung „in anderer Sache“ in einer so genannten Alternativ-WG hinter Sinsheim zufällig sieben „gebrauchsfertige Brandflaschen“ gefunden wurden, die irgendwann einmal gegen den politischen Gegner (der dort wohnenden Linken) eingesetzt werden sollten: Bromma hat, obwohl er keinen Hochschulabschluss besitzt, bereits im Sommer 2009 gegenüber anderen Personen kundgetan, er werde bald in Heidelberg studieren; und am 18.11.2009 war er dann bereits als interessierter Neuankömmling an der von Bildungstreikaktionen geprägten Universität Heidelberg unterwegs - gerade einmal zwei Wochen nach dem Zufallsfund der „Molotowcocktails“ (selbst eine schnelle Schulung eines einzusetzenden Verdeckten Ermittlers dauert länger als zwei Wochen!). Um es politisch unkorrekt mit einem berufsstanddiskriminierenden Terminus auf den Begriff zu bringen: die WG-Bewohner\*innen waren willkommene „Bauernopfer“! Ihr Gebaren bei der Hausdurchsuchung, ihr von den anwesenden Beamt\*innen protokolliertes, lautstarkes Insistieren auf eine eindeutige „Molly“-Einsatzobjektivierung, ermöglichte es Fuchs und seinen Staatsschutzbeamt\*innen, sie auf PMK-Links-Ebene nicht nur der „political crime culture“ Heidelbergs zuzuordnen, sondern auch noch Kontakte zwischen ihnen und der direkt in Heidelberg wohnenden „Zielperson“ des VE-Einsatzes heraufzubeschwören. Das bedeutet: Den Einsatz, der offiziell mit dem Sommersemester 2010 beginnt (01.03.2010), hätte es so oder so gegeben, er war bereits Mitte 2009 besprochene, legendenbildungstechnisch angelegte und logistisch aufbereitete Sache, aber mit diesem überraschenden „Wurfbrandsätze-Fund“ im Kraichgau konnte er nachträglich in einen größeren, bedrohlicheren Kontext gestellt werden. Außerdem konnte er öffentlich als normale *reaktive* oder *kriminalpräventive* Polizeimaßnahme „verkauft“ werden, zu der die Ermittlungsbehörden quasi gezwungen werden, um auch weiterhin die körperliche Unversehrtheit und den Schutz der Eigentumsverhältnisse der „linksextremistisch bedrohten“ Bürger\*innen Baden-Württembergs gewährleisten zu können. Dieser konstruierte Begründungszusammenhang konnte jedoch im Zuge aufklärender Recherchearbeit nach der Enttarnung Brommas ad absurdum geführt werden. Wir halten fest: Die vornehmlich betroffene Heidelberger Polit-Szene hatte es demnach größtenteils mit *proaktiver* Polizeitätigkeit zu tun; es gab weder konkrete politisch links motivierte Straftaten in der Vergangenheit, die

nachträglich hätten aufgeklärt werden müssen, noch war abzusehen, dass sich die Heidelberger Antifa, um deren „Führungspersonen“ es laut Einsatzanordnungsakte ja ging, zu einer „terroristischen Vereinigung“ (ebd.) entwickeln würde, die „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ (§ 20 PolG BW) begeht - in der Zukunft. In Heidelberg bewegten wir uns also die meiste Zeit im spekulativen, abstrakten Bereich - mit der willkommenen Nebenerscheinung, komplette Politszenen im In- und Ausland „auszuleuchten“ (Bromma hatte beispielsweise auch einen Auslandseinsatz in Belgien). Hier war nur davon auszugehen, dass es aus der Antifa heraus, unter maßgeblicher Beteiligung der „Zielpersonen“ und deren „Kontaktpersonen“ (ebd.), zu Attacken auf die politischen Gegner\*innen dieser „Linksextremist\*innen“ kommen könnte - in der Zukunft.

### **Von der Präemption zur Precrime-Abteilung der Washingtoner Polizei?**

In der dystopisch grundierten, 1956 zum ersten Mal veröffentlichten und 2002 prominent verfilmten Kurzgeschichte „Minority Report“ von Philip K. Dick geht es um eine kriminalpolizeiliche Abteilung bei der Polizei in Washington D.C., die mit Hilfe eines als „Precrime“ bezeichneten „Strafverfolgungs“-Systems *zukünftige* Straftaten von Diebstahl bis Mord *vor* der Tat in visualisierbare Erfahrung bringt und dann die *zukünftigen* Täter\*innen *vor* der Begehung dieser „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ aus dem Verkehr zieht. Die Kurzgeschichte spielt ziemlich genau 100 Jahre *nach* ihrer Niederschrift, und der für den Erfolg dieses perfekt funktionierenden, von einer übergeordneten Armeebehörde kontrollierten „Strafverfolgungs“-Systems elementar wichtige, ermittlungsbehördlich abgeschöpfte „Blick in die Zukunft“ gelingt nur mit so genannten Precogs, also „mutierten“ Menschen, bei denen in früher Kindheit die Fähigkeit zur „Präkognition“ entdeckt und dann staatlich gewinnbringend „kultiviert“/perfektioniert wurde. (Mit „Präkognition“ ist hier die wissenschaftlich *nicht* nachweisbare Fähigkeit gemeint, ein zukünftiges Ereignis oder einen Sachverhalt wahrnehmen oder vorhersagen zu können, wobei zum Zeitpunkt der Voraussicht für das Erkennen kein rationales Wissen zur Verfügung steht, die Kausalität also aufgehoben ist.)

Von der realen Verankerung einer solchen Strafverfolgungssystematik träumen Leitende Kriminaldirektoren wie Fuchs, wenn sie sich planmäßig (und von staatsschützerischer Paranoia geplagt) des Problems annehmen, über das ermittlungsbehördliche Ausstellen „negativer Sozialprognosen“ exponierte, kompromisslose, besonders hartnäckige, langjährig beständige, diskursfähige, bündnisorientierte, überregional agierende Protagonist\*innen der „political crime culture“ seines polizeipräsidialen Amtsbereichs zu „linksradikal motivierten Wiederholungstäter\*innen“ hochstilisieren zu müssen. Aufgrund realer Gegebenheiten diesem „präkognitiven Straftatsverhinderungsmodell“ hinterherhinkend, versuchen sie dann nämlich, den in die Zukunft projizierten „Beweis“ zu erbringen, dass genau diese „unbelehrbaren“ politischen Aktivist\*innen gestern, heute und morgen zu Mitteln gegriffen haben, greifen und greifen werden, die den „Bestand und das Wohl eines Landes“ zu bedrohen imstande sind und die „im Einzelfall nach Art und Schwere geeignet sind, den Rechtsfrieden besonders zu stören, soweit sie sich gegen Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder bedeutende Sach- oder Vermögenswerte richten“ (mit „einer Person“ kann im Heidelberger Falle natürlich auch *der* politische Gegner gemeint sein).

Und weil ihnen keine „Precogs“ zur Verfügung stehen, setzen sie „menschliche Quellen“ wie Simon Bromma ein, der dieselbe Wirkung erzielen soll: Er hat, auf diese mit „negativer Sozialprognose“ ausgestatteten „Wiederholungstäter\*innen“ angesetzt, ein zukünftiges Ereignis, eine zukünftige „Straftat von erheblicher Bedeutung“ *wahrzunehmen*, diese ausschließlich auf seinem Erfassungsvermögen beruhende *Erkenntnis* rechtzeitig an seine kriminalpolizeilichen Führungsbeamt\*innen weiterzugeben und dann die *zukünftigen* Täter\*innen *vor* der Begehung dieser „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ aus dem Verkehr ziehen zu lassen (von seinen Kolleg\*innen).

In einem Falle ist ihm dies sogar gelungen: „Simon Brenner“ hatte die Vermutung, dass ein Mensch, der sich zwar nur am Rande der „political crime culture“ bewegt, dem aber kriminalsoziologisch das An-den-Tag-Legen „devianten Verhaltens“ zugeschrieben wird, das Heidelberger Rathaus als augenfälliges Herrschaftssymbol einer unterdrückerischen Stadtverwaltung in die Luft sprengen wolle. Grund zu dieser letztlich komplett abwegigen Annahme hatte er, weil er am von ihm frequentierten Wohnort des mutmaßlich linksradikalen Straftäters chemische Substanzen registriert hatte, die seines Erachtens dazu geeignet und bestimmt waren, eine solche Tat in die Realität umzusetzen. Pflichtbewusst gab er diese *Erkenntnis* an seine Führungsbeamt\*innen in Heidelberg weiter, die dann eine Hausdurchsuchung bei diesem Genossen in die Wege leiteten. Offizieller Grund der Hausdurchsuchung: Verdacht auf „Besitz unerlaubten Sprengstoffs“. Dieses Verfahren wurde längst eingestellt, aber die betroffene Person litt noch sehr lange psychisch unter den Folgen dieser scheinbar „vom Himmel gefallenen“ Repressionsmaßnahme, die sich zum damaligen Zeitpunkt „von außen“ niemand erklären konnte. Simon Bromma selbst hat beim so genannten Konfrontationsgespräch am 12.12.2010 zugegeben, diese Hausdurchsuchung veranlasst zu haben. Der verzweifelte Versuch eines Polizeibeamten, seinen bis dato „ergebnislosen“ VE-Einsatz mit spektakulären Ermittlungsergebnissen zu frisieren.

Seit mehreren Jahren existiert übrigens ein EU-Forschungsprojekt namens INDECT, das auf der Basis von mittlerweile massenhaft einspeisbaren Überwachungskamera-Bildern flächendeckende Verhaltensanalysen betreiben will, um auf dieser Basis Verbrechensbekämpfung zukünftig zu automatisieren; die „menschliche Quelle“ Simon Bromma war genau dies: er hat völlig unerkennbar als mannigfach, flexibel und geheimdienstmethodisch einsetzbare „menschliche Kamera“ fungiert, die immer an Ort und Stelle war. Also dort, wo es mittel- oder langfristige im wahrsten Sinne des Wortes brennen würde...

## **In die Offensive!**

Wir, und das sind tatsächlich *alle* Linken, deren emanzipatorisches Engagement grundlegend über die derzeit hier herrschenden Verhältnisse hinausweist, müssen wieder in die Offensive kommen. Wir müssen die unglaublich breite Palette ermittlungsbehördlicher Zugriffsmöglichkeiten im Bereich der kompromisslosen Bekämpfung politisch missliebiger Gruppierungen minimieren. Wir müssen das hohe Maß an Definitionsmacht pulverisieren, über das die Polizeibeamt\*innen in ihrem Arbeitsalltag verfügen und das sie zu jedem erdenklichen Zeitpunkt dazu befähigt, Situationen beziehungsweise Personen als verdächtig zu konstruieren, insbesondere auch deshalb, da ihre berufsspezifischen Befugnisse an äußerst geringe Eingriffsvoraussetzungen geknüpft sind. Wir müssen die Verrechtlichung unumschränkter Exekutivgewalt in Form von weit reichenden Landespolizeiaufgabengesetzen zurückschrauben. Wir müssen die Verselbstständigung einer zur politischen Akteurin mutierten, von militärischem Korpsgeist getragenen Polizei zurückdrängen und ihr dabei alle Räume nehmen, in denen sie als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols vermeintlich zum Schutze der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ agieren will. Wir müssen den sich in den Praxen und Anordnungen der Polizei systematisch organisierenden Rassismus permanent bloß legen und dabei eine „Demokratisierbarkeit“ dieser reaktionären Institution grundsätzlich in Frage stellen. Wir müssen die extremismustheoretische Ideologisierung der Agenturen des staatlichen Repressionsorgans ad absurdum führen. Wir müssen. Wie? Das kann nicht hier, das *muss* in politischen Gruppen diskutiert werden...

\* Dieser Artikel erschien zuerst als Zweiteiler in den Rote Hilfe-Zeitungen Ausgaben 02/14 und 03/14 [siehe auch [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)]